

### 5.3.3 Antirassismus

Linksextremistische – überwiegend autonome – „Antirassisten“ protestieren insbesondere gegen die Asylpolitik. Im Rahmen zeitlich begrenzter Kampagnen mit regionalen oder inhaltlichen Schwerpunkten werden Forderungen wie „generelle(r) Abschiebestopp“ und „Grenzen auf – Bleibe-recht für alle“ erhoben.

Bei Protestaktionen streben Linksextremisten häufig eine **Zusammenarbeit mit demokratischen und humanitären Organisationen** an. Dabei versuchen sie, die **Zielrichtung der Aktivitäten zu dominieren**. Linksextremistische Antirassisten haben sich dem Bündnis „No IMK“ angeschlossen, und somit ihren Fokus auf die Frühjahrs- und Herbstkonferenz der Innenminister (IMK) 2010 in Hamburg gerichtet.

Vom 25.09. bis 03.10.10 fand in Brüssel ein sogenanntes „**No Border-Camp**“ statt, in dem Antirassisten verschiedener europäischer Länder gegen die Migrationspolitik der Europäischen Union protestierten. Initiator dieser Camps ist ein europäisches Netzwerk und loser Zusammenschluss autonomer Gruppen sowie nichtextremistischer Flüchtlingsinitiativen. Es richtet sich gegen „die europäische Politik der Abschottung“ gegenüber Flüchtlingen aus anderen Kontinenten. Die Camps finden seit den 90er-Jahren zumeist an den Außengrenzen der EU statt (2009 z.B. auf der griechischen Insel Lesbos).

Zu der vom Dachverband Europäischer Gewerkschaften organisierten „Eurodemonstration“ am 29.09.10 in Brüssel hatten neben nichtextremistischen Initiativen auch linksextremistische Gruppen aufgerufen und zur Teilnahme an einem „antikapitalistischen Block“ und zu „direkten Aktionen“ aufgefordert. Die Polizei nahm während der Demonstration zahlreiche Teilnehmer fest – unter ihnen auch fünf Hamburger Linksextremisten.



Vom 14.10. bis zum 17.10.10 fand in der Roten Flora ein antirassistischer Kongress („arak 10“) „Gegen den rassistischen Normalzustand“ statt, an

dem täglich bis zu 100 Personen teilnehmen. Der Kongress befasste sich u.a. mit dem Thema „[antirassistische Sondergesetze](#)“, informierte über den „[aktuellen Widerstand im Abschiebelager Horst](#)“ (gemeint ist die Flüchtlingsunterkunft in Nostorf-Horst, Mecklenburg-Vorpommern, in der Asylbewerber untergebracht werden) und mobilisierte mit einer Informationsveranstaltung gegen die IMK im Herbst 2010.

### 5.3.4 Linksextremistisch beeinflusste Initiativen gegen Stadtentwicklungspolitik

**Proteste gegen die sogenannte „Gentrifizierung“** (soziale Umstrukturierung, Aufwertung des Wohnumfeldes) spielten 2010 für Linksextremisten in Hamburg eine bedeutende Rolle. Mit dem Widerstand gegen „Umstrukturierung“ befassten sich zahlreiche Initiativen und Gruppen in Hamburger Stadtteilen. In dem 2009 gegründeten Netzwerk „Recht auf Stadt“ engagieren sich neben vielen nichtextremistischen Gruppierungen auch die „Rote Flora“, das „Centro Sociale“ (☞ 5.1), das „Freie Netzwerk zum Erhalt des Schanzenparks“ und „AVANTI – Projekt undogmatische Linke“ (AVANTI ☞ 5.2.1). AVANTI zufolge sei „[Recht auf Stadt \[...\] als oppositionelle Forderung und konstituierendes Moment sozialer Gegenmacht von unten](#)“ zu verstehen und weise daher „[tendenziell über den Kapitalismus hinaus](#)“. Insgesamt verfügen extremistische Gruppen in dem wachsenden Netzwerk nicht mehr über prägende Einflussmöglichkeiten.



In einem Papier gegen Umstrukturierung vom Frühjahr 2010 vertritt das Floraplenum (☞ 5.1) die Ansicht, dass sich die Stadtentwicklung gegen alle ärmeren Menschen wende, solange der Kapitalismus ihre Grundlage sei: „[Deshalb richtet sich unser Widerstand nicht nur gegen deren schlimmste Auswüchse, sondern gegen das ganze verdammte System.](#)“

Das „Freie Netzwerk zum Erhalt des Schanzenparks“ setzte seine **Aktivitäten gegen das Mövenpick-Hotel** im Schanzenpark fort. Regelmäßig